

# Liestal zerrt Kanton vor Gericht

Hohe Sozialhilfekosten Stadtrat wollte Geld aus dem Härtefall-Topf, Regierung sagt Nein

VON ANDREAS HIRSBRUNNER

Einmal mehr ziehen die Baselbieter Kantonsregierung und die Liestaler Stadtregierung nicht am gleichen Strick. Dieses Mal geht es um ein Härtebeitrags-Gesuch der Stadt, das der Kanton unmittelbar vor Weihnachten abgelehnt hat. Liestal zieht den Fall nun ans Kantonsgericht weiter, wie gestern Stadtpräsident Lukas Ott, Stadträtin Regula Nebiker und Verwalter Benedikt Minzer informierten. Und weil es beim Fall um den politisch aufgeladenen Sozialbereich geht, erhält der Fall zusätzliche Brisanz. Denn Liestal gehört zu den Urhebern der eingereichten Ausgleichsinitiative, welche die Sozialhilfekosten gleichmässiger unter den Gemeinden aufteilen will.

Um was geht es konkret? Liestal leidet seit längerem unter im Kantonsvergleich überdurchschnittlichen Sozialhilfekosten. Ott begründet dies mit der Zentrumslage, der Verfügbarkeit von Wohnraum, der guten öV-Erschliessung, der Anonymität und dem vorhandenen Beratungsstellen-Angebot. Im Jahr 2014 nun lag Liestal bei praktisch allen relevanten Grössen an der Spitze im Kanton: Es musste mit 780 am meisten Personen unterstützt, hatte mit 5,6 Prozent die höchste Sozialhilfequote (Zahl der Sozialhilfebezüger im Verhältnis zur Bevölkerung, Kantonsdurchschnitt 2,7 Prozent) und die Kosten stiegen für die Stadt auf 9,8 Millionen Franken. Und was dem Stadtrat besondere Sorgen bereitet: Von den 373 Personen, die im Jahr 2014 neu Sozialhilfe bezogen, stammten 108 oder fast ein Drittel aus Liestal.

## Liestal «unter Schmerzgrenze»

Weil die im Kanton existierenden Ausgleichsinstrumente, das heisst der horizontale Finanzausgleich und der Sonderlastenausgleich, die Mehrbelastung aus Sicht Liestals zu wenig wirksam auffangen konnten, reichte der Stadtrat bei der Finanzdirektion ein Gesuch um einen Härtebeitrag von zwei Millionen Franken ein. Geld aus dem Härtefall-Topf erhält eine Gemeinde gemäss Finanzausgleichsgesetz, «wenn sie sonst alle oder einzelne ihrer Aufgaben nur bei einer unzumutbaren Belastung erfüllen könnte» und wenn sie ihre Eigenfinanzierungsmöglichkeiten «angemessen» ausgeschöpft hat. Das habe Liestal im Gegensatz zu Grellingen und Waldenburg nicht, hat die Regierung entschieden und das Gesuch abgelehnt. Das Nettoeigenkapital liege in Liestal 2014 mit 1691 Franken pro Einwohner nur leicht unter dem Kantonsdurchschnitt von 1814 Franken. Und beim Steuerfuss liegt für die Regierung «die Schmerzgrenze der unzumutbaren Belastung» bei 67 Prozent; in Liestal beträgt der Steuerfuss 65 Prozent.

Stadtpräsident Ott kann diese Argumentation nicht nachvollziehen: «Es gibt keinen Zusammenhang zwischen der Überbelastung bei der Sozialhilfe und dem Steuerfuss und dem Eigenkapital. Das ist eine abenteuerliche Verknüpfung, die die Regie-



Rathaus (links) gegen Regierungsgebäude (hinten): Liestaler Stadtrat und Kantonsregierung treffen sich vor Gericht. JUN

# 12

Millionen Franken zahlte Liestal 2015 für die Sozialhilfe. 2013 waren es noch 8,3 Millionen.

«Sinn und Geist der Ausgleichsmechanismen sei, die Handlungsfähigkeit der Gemeinden zu erhalten. Die hohe Zunahme der Sozialhilfekosten schränke Liestal aber bei den Entwicklungsmöglichkeiten ein.

## Viele Working Poor

Um nun Geld aus dem Härtefall-Fonds zu erhalten, müsste der Kantonshauptort nach der Logik der Regierung sein Eigenkapital verbrennen und den Steuerfuss «in einen gänzlich unattraktiven Bereich» erhöhen, was seine Handlungsfreiheit «kaputt» mache. Ott: «Das ist eine Verletzung der Gemeindeautonomie. Die Regierung kann keine Vorgaben beim Steuerfuss machen.» Grellingen habe das akzeptiert, Liestal aber lasse nicht so mit sich umspringen. Ott hofft

nun aufs Kantonsgericht und allenfalls aufs Bundesgericht, das bei seinem Entscheid zur Mehrwertabgabe, bei dem Münchenstein gegen den Kanton rekurrierte, auch die Gemeindeautonomie gestärkt habe.

Die fürs Soziale zuständige Regula Nebiker ergänzte, dass die Sozialhilfekosten in Liestal «hochprofessionell» erhoben würden. Der Kanton sei aber gar nicht daran interessiert, zu wissen, wieso gewisse Gemeinden mehr belastet seien. In Liestal seien 40 Prozent der Sozialhilfebezüger sogenannte Working Poor, die zwar arbeiten, aber zu wenig verdienen zum Leben. Und weil Liestals Sozialhilfeausgaben im Jahr 2015 einen weiteren Sprung nach oben auf zwölf Millionen Franken machten, hat die Stadt mittlerweile auch ein Härtefallgesuch für dieses Jahr eingereicht.

## NACHRICHTEN

### SENIOREN AM STEUER Führerschein-Check erst ab 75. Lebensjahr

Der Baselbieter Regierungsrat unterstützt eine parlamentarische Initiative des Nationalrats. Diese fordert, dass die verkehrsmedizinischen Untersuchungen für Führerausweis-Inhaber nichtberufsmässiger Kategorien erst ab dem 75. Altersjahr durchgeführt werden müssen, wie der Regierungsrat gestern vermeldete. Heute sind diese Kontrollen ab dem 70. Lebensjahr alle zwei Jahre obligatorisch. Dabei überprüft der Arzt oder die Ärztin, ob die betroffene Person die medizinischen Mindestanforderungen zum sicheren Führen von Motorfahrzeugen erfüllt. Der Regierungsrat sei der Ansicht, dass man älteren Menschen mehr Eigenverantwortung zugestehen sollte. (BZ)

### BERUFSSCHAU Der Kanton beteiligt sich auch künftig finanziell

Gemäss einer Mitteilung hat der Regierungsrat beschlossen, die Berufsschau 2017 mit 900 000 Franken aus dem Wirtschaftsförderungsfonds zu unterstützen. Jugendliche erhalten im Rahmen dieses Events die Möglichkeit zu einer ersten gegenseitigen Kontaktaufnahme mit künftigen Berufsbildern in einem persönlichen und geeigneten Umfeld. Die Berufsschau geht auf eine Initiative des seinerzeitigen Gewerbeverbandes Baselland, der heutigen Wirtschaftskammer, zurück. Erstmals wurde sie 1966 und seit 1999 im Zweijahres-Rhythmus durchgeführt. Die Berufsschau findet 2017 bereits zum elften Mal statt. Austragungsort ist im Herbst die Liestaler Frenkenbündtenhalle. (BZ)

### SISSACH Chienbergtunnel ist für eine Nacht gesperrt

In der Nacht von Montag, 30. Januar, auf Dienstag, 31. Januar, werden dringende Unterhaltsarbeiten in der Hebungszone West im Tunnel Chienberg in Sissach durchgeführt. Deshalb wird es zwischen 20 und 5 Uhr zu einer Totalsperrung kommen. Eine Umleitung ist signalisiert. Es sei mit Verkehrsbehinderungen zu rechnen, teilt das Baselbieter Tiefbauamt mit. (BZ)

### BUCKTEN Neue Miettarife für Gemeindelokalitäten

Der Gemeinderat hat die Tarifordnung für die gemeindeeigenen Lokalitäten überarbeitet. Die alte Liste von 2005 sei gestrafft und die Preise – insbesondere für auswärtige Vermietungen – seien leicht angehoben worden, teilt der Gemeinderat mit. Für Übungs- und Trainingszwecke wird die Halle den Dorfvereinen weiterhin gratis zur Verfügung gestellt. (BZ)

## Heizölpreise

Die bz hat sich bei drei Brennstoffhändlern unserer Region nach den aktuellen Preisen auf dem Heizölmarkt erkundigt. Für gestern Dienstag galten dabei folgende Ansätze und Tendenzen für **Ökoheizöl schwefelarm**:

Bestellmenge in Litern	Preise in Fr./100l	
1500 – 2199	88.10	– 90.00
2200 – 3000	84.90	– 86.60
3001 – 6000	82.20	– 85.10
6001 – 10 000	80.60	– 82.50

Preise: inklusive MWSt, CO<sub>2</sub>-Abgabe und Transport. **Tendenz: leicht steigend.**

**HEIZOEL  
NEBIKER  
061 975 85 00**

## Gemeindeverwaltung unter Dach und Fach

Duggingen Das Gerüst des Verwaltungs-Neubaus steht endlich

Mit dem Richtfest für den Neubau der Gemeindeverwaltung wurde gestern in Duggingen ein Meilenstein erreicht. Über zehn Jahre brauchte das Projekt von der Idee bis zur Realisierung. Nun steht endlich das Gerüst und das Dach ist gedeckt.

Die Verzögerung führt Gemeindeverwalter Christian Friedli hauptsächlich auf zwischenzeitliche Unruhen in der Gemeinde zurück. «Um 2005 gab es personelle Wechsel, sowohl im Gemeinderat als auch in der Verwaltung, was ein politisches Auf und Ab zur Folge hatte», erklärt er. «In den folgenden Jahren schien es, als fehle das gegenseitige Gespür zwischen Gemeinderat und Bevölkerung. Oder vielleicht waren die Leute auch etwas unentschlossen.»

Erst im Jahr 2011 konnte das Projekt wieder Fahrt aufnehmen. Der Standort «Windlinhaus» wurde beschlossen. Eine besondere Bau- und Planungskommission wurde einberufen und 2015 ein Baukredit von 3,2 Millionen Franken gesprochen.

Friedli ist guter Dinge, was die weiteren Arbeiten angeht. «Geplant ist eine Einweihung im Rahmen des Dugginger Fests vom 1. bis 3. September 2017. Die Besucher werden das Gebäude besichtigen und begehren können.» Der Umzug der Verwaltung ist in den Herbstferien vorgesehen. «Das sollte in zwei bis drei Tagen machbar sein», spekuliert Friedli. «Ab 16. Oktober wird der Betrieb in den neuen Räumlichkeiten dann wieder aufgenommen.» (YME)

## Doppelspur-Ausbau im Laufental

### Solothurn spricht Planungskredit

Der Kanton Solothurn steuert 392 000 Franken an die Projektierungsarbeiten für den Doppelspur-Ausbau zwischen Duggingen und Grellingen im Baselbieter Laufental bei. Der Solothurner Kantonsrat genehmigte den Kredit am Dienstag oppositionslos mit 93 zu 0 Stimmen. Über den Planungskredit herrschte im Rat Einigkeit. Sowohl die Region Schwarzbubenland als auch die Region Grenchen würden von diesem Ausbau profitieren, sagte Kommissionsprecher Mark Winkler (FDP). Für beide Regionen handle es sich um ein sehr wichtiges Projekt, meinte ergänzend Baudirektor Roland Fürst (CVP). Auch bei den Fraktionen war kein Wort gegen die Vorlage zu hören.

Die Projektierung des Doppelspurbaus kostet gesamthaft 3,5 Millionen Franken. 63,1 Prozent werden vom Kanton Basel-Landschaft bezahlt, der Kanton Basel-Stadt soll 9 Prozent beisteuern. Die entsprechenden Finanzbe-

schlüsse werden in von den Kantonen Kürze gefällt. Der Kanton Jura hat die Beteiligung mit 16,7 Prozent bereits beschlossen.

Der Bau soll vom Bahninfrastrukturfonds BIF des Bundes finanziert werden. Die Planungsregion Nordwestschweiz meldete das Projekt deshalb beim Bund für den Ausbauschnitt 2030 an. Welche Projekte in dessen Rahmen finanziert und realisiert werden, entscheiden die eidgenössischen Räte voraussichtlich 2019. (SDA)

INSERAT



sasse-design.ch  
sägegasse 2 | 4207 bretzwil | 061 941 20 92